

(Abgeordneter Dr. Spieß.)

(A) Auch der Herr Abgeordnete Günther kann ja sofort seinen Parteigenossen telegraphieren, was heute gesprochen worden ist.

(Abgeordneter Günther: Ich bin kein Richter! —

Abgeordneter Dr. Dietel: Au, au!)

Der Herr Abgeordnete Brodau hat von Scharfmacherei im Elsaß gesprochen. Wir auf dieser Seite sind absolut nicht seiner Meinung. Worin liegt denn eigentlich die Misere im Reichslande? Gerade an den französischen Einflüssen, die der Herr Abgeordnete Brodau selbst bekämpft haben will.

(Sehr richtig!)

Man muß sich auch mit den Verhältnissen dort vertraut machen. Die Leute dort sind viel zu sehr mit Samthandschuhen angefaßt worden. Es ist richtig, was auch schon der Herr Abgeordnete Nitzsche gesagt hat, daß dort in den besten Gesellschaftskreisen Französisch gesprochen wird, obwohl die deutsche Sprache herrschend sein sollte. Man soll sogar soweit gegangen sein, daß man, wenn der Kaiser dort gewesen ist, den Leuten 50 Pf. gegeben hat, daß sie überhaupt deutsche Fahnen heraushängen. Das ist doch falsch, und deswegen ist es notwendig, daß ein anderes Regime eingeführt wird. Durch die bisherige Nachsicht sind die Elsaß-Lothringer nicht

(B) daran gewöhnt worden, deutsch zu fühlen.

Kürzlich wurde in einer Zeitung an eine Order erinnert, die Ludwig XIV. erlassen hat, um die Franzöfierung des Elsaß durchzuführen. Es wäre jedenfalls richtiger gewesen, wenn von unserer Seite von Anfang an schärfer vorgegangen worden wäre, um die Reichsländer zu Deutschen zu machen. Dann hätten sich die Elsaß-Lothringer längst daran gewöhnt,

(Sehr richtig!)

und sie wären gute Deutsche geworden.

(Sehr richtig! rechts. — Sehr unrichtig! links.)

Damit möchte ich verlassen, was der Herr Abgeordnete Brodau gesagt hat, und möchte mich mit einigen Worten dem Herrn Abgeordneten Nitzsche zuwenden. Auch wir wünschen, daß im Interesse unserer Industrie möglichst langfristige Handelsverträge vereinbart werden. Unsere Industrie muß Ruhe bekommen und mit stetigen Verhältnissen rechnen können. Hoffentlich werden die Verhandlungen in dieser Richtung den gewünschten Erfolg haben.

Nun möchte ich auf den Ausgangspunkt der ganzen Debatte zukommen. Es waren die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Dr. Böphel in Beziehung auf die Haltung unserer Regierung, als sie ihre Stellung gegenüber der

Reichsvermögenszuwachssteuer gerechtfertigt hat. Meine Herren! Wir stehen in dieser Beziehung vollkommen auf der Seite der königlichen Staatsregierung. Es ist ja schon oft in dieser Kammer betont worden, daß auch die Einzellandtage das Recht haben, Gegenstände zu besprechen, die an sich vor das Forum des Reichstages und des Bundesrates gehören, und es ist tatsächlich in den vergangenen Jahren in der ausgiebigsten Weise davon Gebrauch gemacht worden. Und mit Recht. Man hat sich dafür wiederholt auf einen Ausspruch Bismarcks bezogen. War nun nicht das sächsische Volk berechtigt zu erfahren, wie die sächsische Regierung sich im Bundesrate zur Frage der Vermögenszuwachssteuer gestellt hat? War es nicht notwendig, daß die sächsische Regierung darüber Auskunft gab? Wir bejahen das. Wenn die königliche Staatsregierung es getan hat, auch getan hat, nachdem bereits in offiziellen Pressestimmen eine Rechtfertigung ihrer Haltung erfolgt war, dann tat sie es offiziell in Erfüllung ihrer Pflicht gegenüber dem Volke. Das gilt sowohl von der Thronrede, wie auch von den Ausführungen, die der Herr Finanzminister bei der allgemeinen Etatvorberatung gemacht hat. Wir sind dankbar dafür. Wir können darin eine Flucht in die Öffentlichkeit nicht erblicken.

Nun meint der Herr Abgeordnete Nitzsche, es sei seiner Partei zum Vorwurfe gemacht worden, daß wir dadurch, daß sie diese Sachen zur Sprache gebracht habe, in ein parteipolitisches Gezänk hereingekommen wären. Wir sind voll überzeugt, daß die Herren Nationalliberalen es lediglich getan haben in der Absicht, einer Sorge Ausdruck zu geben.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Daß aber diese Sorge berechtigt war, halten wir nicht für richtig.

(Widerspruch bei den Nationalliberalen.)

Wir möchten betonen, daß das, was der Herr Vizepräsident Dpiß über das Verhalten der nationalliberalen Partei gesagt hat, auch einer Sorge, und zwar einer sehr gewichtigen Sorge entsprungen ist.

Ich komme damit auf die Frage wegen der Demokratisierung des Reichstages und der Übergriffe des Reichstages in das bundesstaatliche Gebiet. Meine Herren! Ganz gewiß wissen wir, daß die nationalliberale Partei nicht darauf ausgeht, den Reichstag zu demokratisieren, und daß sie nicht in dem Sinne solche unitarische Bestrebungen verfolgt, von denen hier gesprochen worden ist. Aber daß die Sozialdemokratie darauf hinstrebt, den Reichstag zu demokratisieren, daß sie dahin strebt, die Macht des Reichstages in Beziehung auf seinen Einfluß auf die internen Verhältnisse der Bundesstaaten zu vergrößern, das haben